



EJPD, Bundesamt für Justiz  
Fachbereich Europarecht und Internationaler Menschenrechtsschutz  
Bundesrain 20  
3003 Bern  
[europarecht@bj.admin.ch](mailto:europarecht@bj.admin.ch)

Sozialdemokratische Partei  
der Schweiz

Spitalgasse 34  
Postfach · 3001 Bern

Telefon 031 329 69 69  
Telefax 031 329 69 70

[info@spschweiz.ch](mailto:info@spschweiz.ch)  
[www.spschweiz.ch](http://www.spschweiz.ch)

Bern, 20. Februar 2014

**Stellungnahme zur Übernahme der Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 des Rates vom 7. Oktober 2013 zur Einführung eines Evaluierungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen zur Übernahme der Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 des Rates vom 7. Oktober 2013 zur Einführung eines Evaluierungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands. Gerne nehmen wir dazu Stellung.

Die SP Schweiz stimmt der Genehmigung des Notenaustauschs zur Übernahme der Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 zur Einführung eines Evaluierungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands mit Überzeugung zu.

Diese Verordnung ist Bestandteil eines Pakets zur Verbesserung der „Schengen-Governance“, also des Schengener Systems als Ganzes. Das ist dringend erforderlich, wenn wir uns den dahinter stehenden Anlass vor Augen führen: Mit diesem Paket reagierten das Europäische Parlament, die Kommission und der Rat auf die Tragödien, die sich letztes Jahr erneut vor der Insel Lampedusa ereigneten. Allein am 3. Oktober 2013 ertranken vor deren Küste rund 390 Menschen, als ein mit etwa 545 Flüchtlingen aus Somalia und Eritrea beladener Kutter im Mittelmeer versank. Die italienische Küstenwache und einheimische Fischer retteten 155 Überlebende. Alle übrigen starben.

Das Unglück löste europaweit eine heftige Diskussion über die Flüchtlingspolitik aus. Lampedusa wurde zum Gleichnis für eine europäische Flüchtlingspolitik, die aus dem Mittelmeer einen Friedhof macht. Mindestens 20 000 Menschen sind in den vergangenen zwei Jahrzehnten bei dem Versuch umgekommen, Europas Küsten zu erreichen. Wir können nicht zulassen, dass noch mehr Menschen sterben. Lampedusa muss ein Wendepunkt für die europäische Flüchtlingspolitik sein.

Wir brauchen zunächst unmittelbare humanitäre Hilfe für die Betroffenen. Weder Italien noch Malta können die notwendige Soforthilfe dauerhaft alleine leisten. Lampedusa tut alles, um den Menschen zu helfen. Aber Lampedusa kann das nicht alleine bewältigen. 10 000 Flüchtlinge auf einer Insel wie Lampedusa mit 6000 Einwohnern, das ist eine unlösbare Aufgabe. 10 000 Menschen unter 515 Millionen Europäern auf 28 Mitgliedstaaten plus die Schweiz verteilt, das ist hingegen eine machbare Aufgabe. Die Mittelmeeranrainerstaaten bei der Aufnahme von Flüchtlingen zu unterstützen und eine

gerechte Verteilung zwischen den Schengenstaaten zu organisieren, das bedeutet europäische Solidarität. Darum muss es uns heute gehen.

Um Menschenleben im Mittelmeer zu retten, brauchen wir dringend ein Rettungssystem für in Seenot geratene Schiffe. Dazu trägt EUROSUR bei, das ebenfalls zum erwähnten Paket gehört. Es braucht auch eine ausreichende Finanzierung und einen auf Lebensrettung ausgerichteten Auftrag an Frontex. Eine weitere sinnvolle Massnahme, die kurzfristig umgesetzt werden kann, ist die Implementierung der bereits beschlossenen Verbesserungen bei den EU-Asylregeln, die auch Verbesserungen der Aufnahmelager vorsehen.

Damit diese und weitere Beschlüsse tatsächlich wirksam von allen Schengen-Staaten im Dienst der Flüchtlinge – zur Lebensrettung und faire Asylverfahren – eingesetzt werden, kann und soll der neue Evaluierungsmechanismus beitragen. Positive Erfahrungen im Rahmen der OECD haben aufgezeigt, dass ein „peer-to-peer“-Evaluations-Mechanismus unter gleichrangigen Partnern, der nun auch in der vorliegenden Schengen-Verordnung verankert wird, zu guten Resultaten führt.

Gerade nach der fatalen Abstimmung vom 9. Februar 2014 dürfen wir nie vergessen: Europa ist ein Einwanderungskontinent. Deshalb brauchen wir ein legales Einwanderungssystem. Gerade auch als Antwort auf kriminelle Schlepperbanden, die mit der Not von Menschen Geschäfte machen und sie in seeuntauglichen Booten auf eine ungewisse, eine lebensgefährliche Reise schicken. Der Bundesrat ist aufgerufen, entsprechende Bestrebungen in der EU tatkräftig zu unterstützen und die Umsetzung des neuen Evaluations-Mechanismus in diese Perspektive zu stellen.

Mit freundlichen Grüssen

Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Christian Levrat  
Präsident



Peter Hug  
Politischer Fachsekretär

